

Zitierhinweis

Sassin, Horst R.: Rezension über: Reiner Marcowitz / Philippe Alexandre (eds.), La revue „Die Hilfe“, 1894-1944 un laboratoire d'idées en Allemagne / Die Zeitschrift „Die Hilfe“, 1894-1944 ein Ideenlabor in Deutschland, Bern [u.a.]: Lang, 2011, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2012, 2, DOI: 10.15463/rec.1189723537



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Reiner Marcowitz/Philippe Alexandre (Hrsg.): La revue „Die Hilfe“, 1894–1944 un laboratoire d'idées en Allemagne. Die Zeitschrift „Die Hilfe“, 1894–1944 ein Ideenlabor in Deutschland.

Bern: Verlag Peter Lang, ISBN 978-3-0343-0355-2, 364 S.

Der Nachweis, dass es sich bei der Zeitschrift „Die Hilfe“ um ein Ideenlaboratorium gehandelt habe, kann für ein halbes Jahrhundert auf rund 350 Seiten nicht schlüssig gelingen, zumal mehr als ein Viertel allgemeiner Themen, der französisch-deutschen Liberalismusgeschichte, Naumanns „Neudeutscher Wirtschaftspolitik“ und Wilhelm Heiles Biografie, gewidmet sind. Die Herausgeber fahren denn auch die Ansprüche herunter; sie bezeichnen es als Zweck des vorliegenden, aus einer Tagung hervorgegangenen Bandes, Fragen zu stellen und den Weg für künftige Forschungen zu bereiten. Immerhin sollten die ausgewählten Untersuchungsaspekte der „Hilfe“ daraufhin geprüft werden, wie der Ideenaustausch funktionierte. Nach einer Einführung, die von den Herausgebern Philippe Alexandre und Reiner Marcowitz gemeinsam verfasst wurde, folgen vier sachsystematische und zwei chronologische Kapitel. Ein Personenregister und ein Verfasserverzeichnis, das nur die Institutionen ergänzt, schließen den Band ab.

In ihrer Einführung deuten die Herausgeber an, dass die „Hilfe“ sich trotz ihrer Parteinähe nicht als verlängerter Arm dieser Parteien gebrauchen ließ, sondern eigene Akzente setzte. Hier werden aufschlussreiche Angaben über die Periodisierung, die Tendenz(en), die Herausgeber und die Auflage der Zeitschrift gemacht, während Angaben über die Autorenschaft und über die Leserschaft fehlen. Sodann werden die einzelnen Beiträge des Bandes vorgestellt, was vielleicht der Grund ist, weshalb von der französischen Einführung keine bilinguale Zusammenfassung erstellt wurde.

Die sachsystematischen Kapitel betreffen die Liberalismusgeschichte, Wirtschafts- und Kolonialpolitik, die Ostpolitik und die Europa-Idee. Während in Frankreich die Dritte Republik eine lange Existenz von 1870 bis 1944 hatte (Etienne Cricqui), war Deutschland nach der Epoche des Kaiserreichs, wo die Liberalen fast nur kommunalpolitisch Einfluss hatten, von der kurzlebigen, auf linksliberalen Konzepten beruhenden Weimarer Republik und der noch kurzlebigeren nationalsozialistischen Diktatur geprägt (Karl Heinrich Pohl, Reiner Marcowitz). Für den deutschen Leser aufschlussreich ist das Fehlen einer „klassischen“ liberalen Partei in der Dritten Republik, bedingt durch die Schwäche der Monarchisten und der Katholiken als klassische Gegner. Hier dominierten die Linksrepublikaner seit 1879 die nationale Politik, die durch Staatsinterventionismus der sozialen Fragmentierung der Gesellschaft gegensteuerte, während in Deutschland die Liberalen im Kaiserreich durch den „Munizipalsozialismus“ die öffentlichen Aufgaben der wachsenden Städte bewältigten. Pohl unterstreicht die „sozialliberale“ Modernität der Liberalen in der Kommunalpolitik. Marcowitz bezeichnet es als verhängnisvoll, dass gegen Ende der Weimarer Republik republikfreundliche Kreise sich republikfeindlichen Ideen öffnen. Leider beschränkt der französische Beitrag (Cricqui) sich fast nur auf die erste Hälfte der Dritten Republik.

In ihrem Beitrag über Friedrich Naumanns grundlegendes Werk „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ weist Patricia Commun dessen klassische liberale Positionen – für Freihandel und Exportwirtschaft, gegen Kartelle, Monopole und konservative Großagrarien – nach, verbunden mit seinem Einsatz für einen auch militärisch starken, sozialpolitisch modernen Staat. Zugleich stand er für einen Ausgleich von

Sozialismus und Kapitalismus. Während Naumann die Hauptströmung des Linksliberalismus repräsentierte, polarisierte Paul Rohrbach, der kolonialpolitische Autor der „Hilfe“, stärker als dieser die Leserschaft, indem er beispielsweise den sozialdarwinistischen Standpunkt vertrat, dass die angeblich rassistisch minderwertigen Neger nicht reif für das Christentum seien (Christina Stange-Fayos). Auch kritisierte er die Legalisierung der Ehe zwischen Weißen und Schwarzen durch den Reichstag 1912. Hauptsächlich auf Rohrbach gingen völkische Akzente in der „Hilfe“ zurück, während Naumann einen ethischen Imperialismus vertrat.

Auch die Auseinandersetzung mit dem Osten war in der „Hilfe“ teilweise von Vorurteilen besetzt. Als russisches Grundübel wurde laut Philipp Menger der Zarismus identifiziert; in diesem Zusammenhang konnte die russische Landmasse als Gefahrenpotenzial (Naumann) oder, entsprechend den USA, als Chance für eine demokratische Entwicklung (Max Weber) begriffen werden. Naumanns Werk „Mitteleuropa“ ist voller russenfeindlicher Stereotypen und Vorurteile. Er deutete Russland als Gegenentwurf zur Mitte Europas. Im Zuge der Oktoberrevolution 1917 setzte ein nicht überraschender Umdenkprozess ein, der ein starkes Deutschland als Schutzwehr vor der russischen Revolution postulierte. Bezüglich des Osmanischen Reiches arbeitet Eberhard Demm heraus, wie stark Naumann machtpolitisch argumentierte, auch wenn es um ethische Probleme wie die Armenierfrage oder um die Annexion Bosniens ging, eine Haltung, die der Autor mit Naumanns umstrittener Befürwortung der Hunnenrede Wilhelms II. vergleicht. Immerhin war die „Hilfe“ die einzige deutsche Zeitschrift, die die Verfolgung der türkischen Armenier kritisierte, bevor die Zensur das unterband. Gegen frühere Äußerungen wird verdeutlicht, dass Naumann die Eingliederung des Osmanischen Reichs in sein Mitteleuropa-Konzept ausdrücklich ausschloss, während einige Autoren in ihm das künftige „deutsche Indien“ sahen.

Bezüglich der Europa-Idee erkennt Philippe Alexandre trotz Verschiedenheiten über ein halbes Jahrhundert hinweg Konstanten, nämlich die Befürwortung eines starken Deutschlands als stabilisierenden Faktor für das europäische Gleichgewicht. Unter diesem Aspekt konnte die „Hilfe“ auch Hitlers revisionistischer, scheinbar friedlicher Außenpolitik zustimmen. Im Zweiten Weltkrieg traten ausgemachte Nationalsozialisten als Autoren hinzu, sodass ein spannungsreiches Feld von sozialdarwinistisch-imperialistischen und liberalen Perspektiven entstand. Karl Holl befasst sich mit dem langjährigen Redakteur und Mitherausgeber der „Hilfe“, Wilhelm Heile, einem Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung mit der Vision eines föderal gegliederten Europa, aus dem weder Großbritannien noch die Sowjetunion ausgeschlossen werden sollten – ein scharfer Kontrast zu Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Konzept. Heiles europapolitische Aktivitäten, speziell auch seine Auseinandersetzung mit Coudenhove-Kalergi, werden detailliert beschrieben. Die Scheinerfolge von Heiles Betriebsamkeit wurden durch Deutschlands Finanznot seit dem Herbst 1930 beendet.

Nun folgen die beiden chronologischen Kapitel über die „Hilfe“ im Ersten Weltkrieg, in der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur. Im Ersten Weltkrieg setzte die „Hilfe“ sich für eine Politik im Interesse des breiten Volkes und für einen Verständigungsfrieden ein (Michael Durant). Julia Schrodas Beitrag, der das Umbruchsjahr 1918/1919 darstellt, besteht über weite Strecken aus einer Kompilation von Zitaten mit verbindenden Überleitungen, womit immerhin ein Stück weit die Quellenbasis geliefert wird. In der Novemberrevolution machte die „Hilfe“ die Träger des alten Systems für die Folgen verantwortlich, qualifizierte den Kaiser als Friedenshindernis und kritisierte die Zwangspolitik der letzten Monate im Osten. Auf der anderen Seite wollte sie die Unterzeichnung des Versailler Vertrags als „Volksmord“ (266) verhindern, sprach sich indirekt für erneuten Widerstand gegen die Siegermächte aus, unterstützte nach dessen Unterzeichnung jedoch die Regierung als Ordnungsmacht.

In seinem Beitrag über „Staat und Demokratie im Hilfe-Kreis“ der Weimarer Republik hebt Thomas Hertfelder die Bedeutung der Zeitschrift als „das zentrale Forum der intellektuellen Positionsbestimmung“ (280) hervor. Der verbreiteten funktionalistischen Legitimation der Republik standen Ausnahmen gegenüber, die sich mit Kant auf individuelle Autonomie und sittliche Freiheit beriefen. Terminologische Probleme zeigen sich, wenn Gertrud Bäumer, Mitherausgeberin der „Hilfe“, sich rückblickend auf den „Nationalsozialismus Friedrich Naumanns“ bezog, sachliche Probleme, wenn dieselbe Autorin in die antipluralistische Kerbe schlug. Die Zeitschrift hob einerseits die Überlegenheit der Weimarer Republik über die Diktatur hervor, da sie trotz ihrer Strukturschwächen ein selbstregulatives, sich optimierendes System sei. Doch gab es auch Beifall für den Führerstaat eines Mussolini. Im Juni 1932, als die Nationalsozialisten vor ihrem größten Wahlerfolg standen und die liberalen Parteien marginalisiert waren, beharrte Bäumer auf Naumanns Ideen: „Wir suchen die Formen eines demokratischen Nationalsozialismus – im Gegensatz zum faschistischen Nationalsozialismus“ (310). Hertfelder gelangt zu dem Schluss, dass die „Hilfe“ in den Krisenjahren der Weimarer Republik die liberale Politik neu zu formulieren versuchte, während sie Demokratie und Rechtsstaat niemals zur Disposition stellte.

Jürgen Frölichs Beitrag unter dem vielversprechenden Titel „National-sozial versus Nationalsozialistisch?“ geht eher journalistisch mit der „Hilfe“ in den Jahren 1923–1933 um. Hier wäre deutlich zwischen aktuellen Reaktionen und tiefgreifenden Analysen zu unterscheiden gewesen. So fragt man sich, wieso die „Hilfe“ als intellektuelle politische Zeitschrift ihr Erscheinungsbild hätte ändern sollen, wenn sie Lehren der Deutschen Staatspartei aus der überlegenen Propaganda der NSDAP anmahnt. Die Reaktion der „Hilfe“ auf die Staats- und Parteienkrise 1932 als „orientierungsloses Schwanken“ (330) zu qualifizieren, „kämpferische Gegenwehr“ (332) anstelle der Unterstützung Hindenburgs anzumahnen, lässt die Marginalisierung der Deutschen Staatspartei außer Acht. Es hätte stärker untersucht werden sollen, dass die verschiedenen Autoren der „Hilfe“ doch einen vielstimmigen Chor mit recht unterschiedlichen Reaktionen auf das Anschwellen der NSDAP darstellten.

Im letzten Beitrag beschäftigt Wolfram Pyta sich mit der Deutung des Zweiten Weltkriegs in der weiterhin bestehenden Zeitschrift. Wie Menger spricht er vermutlich versehentlich von nationalliberaler anstelle von nationalsozialer Haltung. Die alten „Hilfe“-Autoren wie Theodor Heuss, dessen Beiträge mit dem Überfall auf die Sowjetunion abbrechen, äußern sich vorsichtig-kritisch über den Krieg an sich und über die Art der Kriegsführung. Eine jüngere Herausgeber- und Autorengeneration, die ergänzend hinzutrat, bediente sich Aspekten der nationalsozialistischen Ideologie und zeichnete sich durch radikale Lösungen aus.

Insgesamt fällt die Ungleichgewichtigkeit auf von vier französischen Beiträgen – mit Einführung fünf – und zehn deutschen. Auch qualitativ weisen die Beiträge deutliche Unterschiede auf. Dass die Frage nach dem Ideenlaboratorium nicht nur euphemistisches Wunschdenken ist, dafür gibt es in verschiedenen Beiträgen ansatzweise Hinweise. Eine handfeste Studie zu dieser Frage steht noch aus. Zugleich ist das Fehlen eines digitalen Zugriffs auf die „Hilfe“ ein Desiderat.

Solingen

Horst Sassin